

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil
Begründet 1856

Abonnementpreise: Einmalige Lieferung monatlich 1.20 RM. (inkl. Porto) 10 RM. für 10 Lieferungen, 100 RM. für 100 Lieferungen. Preis für den Einzelverkauf 10 Pf. (inkl. Porto) 10 Pf. für 10 Exemplare, 100 Pf. für 100 Exemplare. Preis für den Einzelverkauf 10 Pf. (inkl. Porto) 10 Pf. für 10 Exemplare, 100 Pf. für 100 Exemplare.

Druck u. Verlag: Metz & Neumann, Dresden, Postfach-Nr. 1048. Telefon: 2411. Druckkosten: 100 Pf. (inkl. Porto) 100 Pf. für 100 Exemplare.

Der Zweck der Länderkonferenz erreicht

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Stuttgart, 24. Juli. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: In der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder unter dem Vorsitz des Reichskanzlers wurden die wichtigsten Fragen der auswärtigen und inneren Politik in vertraulicher eingehender Aussprache, an der sich alle Minister und Ländervertreter beteiligten, erörtert. Die Konferenz nahm mit Befriedigung von der Zustimmung Kenntnis, daß die Reichsregierung durch ihre auf liberalistischem Boden stehende und die Rechte der Länder in keiner Weise antastende Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nur eine vorübergehende Maßnahme darstelle. Eine Ausdehnung dieser Maßnahme auf die anderen Länder komme nicht in Frage, weil nach Ansicht der Reichsregierung in den anderen Ländern Ruhe und Ordnung sichergestellt seien. Der Kanzler erklärte namens der Reichsregierung ausdrücklich, daß die Reichstagswahlen programmäßig am 31. Juli stattfinden werden. Die Regierung hoffe, den Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg in den nächsten Tagen aufheben zu können. Soweit von den Ländern Bedenken gegen die Maßnahmen der Reichsregierung vorgebracht wurden, anerkannte der Reichskanzler dankbar deren sachliche Berechtigung. Reichsregierung wie alle Länderregierungen waren sich darin einig, daß die Autorität der Reichsregierung und der Länderregierungen ungehindert aufrechterhalten werden müsse. In diesem Ziele ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern beiderseits anerkannte Notwendigkeit.

Ausnahmezustand wird voraussichtlich aufgehoben werden, sobald das Urteil des Staatsgerichtshofes vorliegt, das nach Lage der Dinge nur zugunsten des Reiches ausfallen kann. Wenn in einigen Vorkäuffen behauptet wird, daß man dem Urteil des Staatsgerichtshofes mit größter Spannung entgegenstehe, so trifft das für die Reichsregierung nicht zu. Die Reichsregierung steht vielmehr dem Leipziger Spruch, der am Montagmittag verkündet werden wird, mit der größten Ruhe entgegen. Wenn aus dem Verlauf der Sonnabenddiskussion, wo dem einzigen Vertreter des Reiches, dem Ministerialdirektor Gottschewer, mehrere Vertreter der Interessen Preußens gegenüberstanden, mitunter der Schluss gezogen wurde, daß das Reich bereits in die Defensive gedrängt worden wäre, so ist das vollkommen falsch. Die Akteure haben nicht einmal das erreicht, auf was es ihnen sehr stark ankam, nämlich eine gewisse Vernebelung des

ganzen Tatbestandes herbeizuführen. Es ist klar und einwandfrei, daß das Reich die Befugnisse, die aus Art. 48 abzuwehren sind, in keiner Weise überschritten hat.

Held über die Stuttgarter Konferenz

Weiden (Ostf.), 24. Juli. In einer Kundgebung der Bayerischen Volkspartei in Weiden äußerte sich heute Ministerpräsident Dr. Held über das Ergebnis der Stuttgarter Konferenz wie folgt: „Ich darf feststellen, daß die Befürchtungen, wie sie bei uns in den letzten Tagen aufstanden, nach den Erklärungen der Herren Reichskanzler v. Papen und Reichsinnenminister v. Gahl sich als gegenstandslos erweisen sollen. Es ist uns in Stuttgart ausdrücklich und bündig erklärt worden, daß in kein anderes Land von dieser Reichsregierung ein Kommissar geschickt und nicht daran gedacht würde einen Ausnahme- oder Belagerungszustand zu verhängen, daß in acht Tagen unter allen Umständen die Reichstagswahlen stattfinden würden, und daß das Ergebnis der Wahlen entscheidend sein soll für die Gestaltung der künftigen Geschichte des Reiches.“

Eugenberg entwickelt einen Entschuldungsplan

Viegnitz, 24. Juli. In Viegnitz wurde dem deutschen nationalen Parteiführer Dr. Eugenberg am Sonntag ein außerordentlich herzliches Empfang zuteil. Der Saal des Schützenhauses war überfüllt und in den Gartenanlagen drängten große Menschenmengen die Rede durch Lautsprecher. Eugenberg setzte in seinen Ausführungen seine Ankündigung von Karlsruhe in die Tat um, daß die deutschnationale Volkspartei nach dem Zusammenbruch in Preußen ihre Tatkraft des zeitweiligen Schwiegens aufgeben und ihre Gedanken und Absichten über das Volk aussprechen werde. In seiner Rede, in der er positive Vorschläge zur Regelung innerer Schuldenverhältnisse machte, wies Dr. Eugenberg zunächst darauf hin, daß zu den Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands auch die Abtragung des Turmbaus von Schulden gehöre, unter dem die Betriebe leihen und sterben. Die sogenannte „D-Hilfe“, so erklärte Dr. Eugenberg, hat sich in weitem Umfang zu einem „Maffaker von Exzentriken“ entwickelt. Sie leidet an dem falschen Grundgedanken der Umschuldung, das heißt Erlass eines Kredites durch einen anderen. Es gibt keine Kredite mehr, die man an die Stelle vorhandener Kredite setzen könnte. Da Kapital nicht mehr erzeugt, sondern nur noch verzehrt wird (durch Steuern, Verluste usw.), ist jede Disziplinierung notwendig. In führt zur Verschlimmerung, die sich auf Umschuldung aufbaut. Das Aufspüren eines neuen Wirtschaftsliebens kann sich vielmehr nur aus der Erkenntnis entwickeln, die schon im Dezember 1930 unter dem landwirtschaftlichen Entschuldungsplan zugrunde lag: Nur ein ehrlich zusammenfassender Schuldner ist wert, wieder hochzukommen. Tribute und Sozialismus haben die Rente vernichtet und damit auch das Kapital und die durch dies Kapital geförderte Forderung des Gläubigers. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik muß also diese Kapitalien erst wieder zum Leben erwecken. Das ist heute noch nicht hoffnungslos. Doch ist eine längere Zeit dazu erforderlich.

wieder frei von staatlichen Eingriffen, aus sich selbst heraus schaffend und rechnend, die Zukunft gestalten kann. Es ist auch der einzige Weg, auf dem wir wieder zu einem gesunden und natürlichen inländischen Zinsfuß gelangen können. Im Anschluß daran sprach der Professor der deutschnationalen Volkspartei, Proßius, der erklärte, daß nur eine starke deutschnationale Volkspartei die Gewähr biete, daß der Neubau des Reiches auf konservativer und christlicher Grundlage erfolge.

Die Länderkonferenz war um 17.30 Uhr beendet. Nach ihrer Beendigung unternahm der Reichskanzler mit anderen Teilnehmern an der Konferenz eine Fahrt in die Umgebung Stuttgarts zum Schloß Solitude und fuhr dann zum Reichsbahnhof zurück. Als der Reichskanzler gegen 18.30 Uhr mit dem Reichsminister Freiherrn v. Gahl, Ministerialrat Fufak und Baron v. Lerömer das Hotel verließ, erdienten aus dem Publikum, das sich in der Bahnhofsvorhalle angesammelt hatte,

wiederholt lebhafte Hoch- und Heilrufe. Auf dem Bahnsteig befanden sich nur Reisende, da andere Personen nicht zugelassen wurden. Zur Verabschiedung hatten sich eingeladen der württembergische Gesandte in Berlin, Staatsrat Bosler, als Vertreter des bereits zum Aufbruch wieder abgereisten Staatspräsidenten Ministerialrat Klotz und Oberregierungsrat Bögle. Mit dem gleichen Zug fuhr auch der bairische Ministerpräsident Dr. Held. Als sich der Zug nach wiederholter freundlicher Verabschiedung des Reichskanzlers von den anwesenden Herren um 19.15 Uhr in Bewegung setzte, erdienten abermals Hoch- und Heilrufe.

Papen und Gahl wieder in Berlin

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 24. Juli. Das Reichskabinett wird am Montag im Rahmen einer Sitzung, in der vorzugsweise die weiteren innerpolitischen Arbeiten, das umschließende Arbeitsbeschaffungs- und sonstige Wirtschaftsprüfungsbefragungen werden sollen, auch einen Bericht des Reichskanzlers über die in Stuttgart gepflogenen Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten der Länder entgegennehmen. Der Reichskanzler v. Papen war bereits am Sonntag vormittag wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Man darf wohl annehmen, daß die eindringlichen Darlegungen des Reichskanzlers in Stuttgart das Vertrauen, das ihm von den süddeutschen Staaten entgegengebracht wurde, doch in ganz erheblichem Maße befestigt haben. Daß eine völlige Beseitigung dieses Misstrauens nicht gelungen ist, geht daraus hervor.

daß Papen und Gahl auf der Stuttgarter Konferenz sich nicht dazu verstanden haben, Erklärungen des Inhalts abzugeben, die beim Staatsgerichtshof unabhängig gemachten Klagen zurückzuführen.

Dah das nicht geschehen ist, dürfte wohl zu einem großen Teil auf die parteipolitische Antipathie gegen den Reichskanzler v. Papen zurückzuführen sein. Daß es dem verbindlichen Wesen des Reichskanzlers gelungen ist, das ihm entgegengebrachte Misstrauen fast herabzumindern, geht aus einer photographischen Aufnahme der Konferenzteilnehmer hervor, die Herrn v. Papen und seinen befristeten süddeutschen Gegenpieler, den bayerischen Ministerpräsidenten Held, lächelnden Gesichtes und untergefaßt wiedergibt. Das amtliche Kommuniqué über den Verlauf der ganzen Konferenz ist mit Zustimmung aller Teilnehmer ausgegeben worden; das ist wichtig, weil in ihm ausdrücklich enthalten ist, daß man sich darin einig war, daß die Autorität der Reichsregierung und der Länderregierungen ungehindert aufrechterhalten werden müsse. Es dürfte dem Reichskanzler auch gelungen sein, die süddeutschen Ministerpräsidenten durch den Hinweis auf die Tatsachen davon zu überzeugen, daß in dem Augenblick der Durchführung der Aktion gegen Preußen nicht nur im preussischen Staatsgebiet, sondern im ganzen Reich die kommunikalische Hebe zurückgewiesen ist. Der

Ein ehrlich zusammenfassender Schuldner ist wert, wieder hochzukommen.

Tribute und Sozialismus haben die Rente vernichtet und damit auch das Kapital und die durch dies Kapital geförderte Forderung des Gläubigers. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik muß also diese Kapitalien erst wieder zum Leben erwecken. Das ist heute noch nicht hoffnungslos. Doch ist eine längere Zeit dazu erforderlich.

Der ausländische und inländische Gläubiger muß bei der heutigen Lage froh sein, wenn er sein Kapital zurück erhält. In Bezug auf die Zinsen muß er bescheiden sein.

Und sofortige Kündigung und Rückzahlung des Kapitals darf und kann er nicht erwarten. Also muß eine „Konvertierung“, eine Umwandlung der in Frage kommenden Schulden, in ganz niedrig verzinsliche und allmählich zu tilgende Amortisationskrediten erfolgen. Der Tilgungsbetrag darf aber nicht dem einzelnen Gläubiger ausbezahlt werden, der ihn dann vielleicht verzehren und das Gefühl haben würde, sein Kapital eingebüßt zu haben.

Der Tilgungsbetrag muß vielmehr bei den einzelnen Gläubigerinkonten angelammt und zur allmählichen Rückzahlung der von dem Verfahren erlassenen Forderungen verwandt werden.

Bei entsprechender Gestaltung der Bestimmungen wird dadurch jeweils ein erheblicher Betrag schwimmender Gelder zusammenkommen. Es wird im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen insbesondere zur zeitweiligen Bombardierung sowie zur Diskontierung von Teilen der fraglichen Forderungen zu verwenden sein. Das alles ist gewiß auch ein Staatsingriff. Aber gegenüber den zwecklos Kapital zerstörenden Eingriffen der sogenannten D-Hilfe und manchen Diktaten der Notverordnungen ist es ein Eingriff mit weicher Hand.

Vor allem aber ist es ein Eingriff, der künftig weitere Eingriffe unnötig macht, der den vom Sozialismus geschaffenen unhaltbaren Zustand endgültig liquidiert, und der einen Zustand der Wirtschaft herstellt, in dem es

Segelflieger Groenhoff tödlich abgestürzt

Gerfeld, 24. Juli. Der bekannte und erfolgreiche Frankfurter Segelflieger Günther Groenhoff stürzte am Sonnabendnachmittag beim zweiten Start auf dem Wehberg der Wäckerkuppe tödlich ab. Die Maschine schlug beim Start ein zweites Mal auf dem Boden auf, das Seitenruder brach ab, und dadurch ließ sich das Höhenruder nicht mehr bedienen. In etwa 80 Meter Höhe sprang Groenhoff aus der Maschine, stürzte aber in dem Augenblick, als sich der Fallschirm entfaltet, in die Bäume hinein. Er trug einen Schädelbruch davon, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Am Sonnabend gegen 6 Uhr erreichte die von den Segelfliegern erwartete Gewitterfront die Wäckerkuppe. Am Nord- und Westhang waren wiederum zahlreiche Maschinen startbereit. Unter den zehn bis zwölf Wehbergfliegern, die versuchten, Anschluss an die Gewitterfront zu bekommen, befand sich auch Günther Groenhoff mit seinem „Patriot“, der nach seinem Start in Richtung Wäckerkuppe davonstol. Wie festhalten dürfte, war beim Start die Steuerung beschädigt. Groenhoff bemerkte sofort, daß die Steuerung flemerte. Er griff zum Fallschirm; doch vergeblich. Bei der geringen Höhe von 80 Meter konnte der Fallschirm sich nicht mehr entfalten, und so stürzte der Flieger tödlich ab.



Eine der letzten Aufnahmen Groenhoffs

der Hauptge... die Morgens... für die Abend... der Erschei... Ausnahmefälle... zeigen für die... ten auch tele... (Ruf 25241)

teilen
vermieten:
schöne Zimmer,
Küche, Bad, etc.

Si.-Wohnung
in der Innstadt,
10. u. 11. Stock, etc.

1. Oktober
Küchenplatz
ab. Rüdiger v. ...

eräume
in Köpenick, Zentralb.,
10. u. 11. Stock, etc.

ner-Wohnung.
in Köpenick, Zentralb.,
10. u. 11. Stock, etc.

Straße 2
ab. Rüdiger v. ...

verbehalte
in Köpenick, Zentralb.,
10. u. 11. Stock, etc.

immer-Wohnung
in Köpenick, Zentralb.,
10. u. 11. Stock, etc.

uche
in Köpenick, Zentralb.,
10. u. 11. Stock, etc.

Sandhaus
in Köpenick, Zentralb.,
10. u. 11. Stock, etc.

Pensionen
in Köpenick, Zentralb.,
10. u. 11. Stock, etc.

Nur bei moderner
besten Ausführung
Ihrer Druckereien

und Zufriedenheit
Wenden Sie sich an
Lippach & Reichardt

Landt
in Köpenick, Zentralb.,
10. u. 11. Stock, etc.

erhaltung
in Köpenick, Zentralb.,
10. u. 11. Stock, etc.

halten
in Köpenick, Zentralb.,
10. u. 11. Stock, etc.

SLUB
Wir führen Wissen.